



„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes
Werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerkevereins der Porzellan-, Glas- und verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.

Vierteljährlicher Abonnementspreis
1 Mark für 1 Exempl., jedes weitere
bis zu 5 Exemplaren direkt unter
einer Adresse bezogen 75 Pf. = 45 Kr.
Oesterr. Währung.

Expedition: Charlottenburg bei
Berlin, Engländerstr. 24. Alle Post-
anstalten und Zeitungs-Expeditionen
nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

vom

Generalrath.

Insertionsgebühren für die gewöhn-
liche Zeile 20 Pf. — Arbeitsmarkt
für Arbeitgeber und Arbeitnehmer
unentgeltlich.

Für Zusendung von Offerten unter
Chiffre durch die Redaktion resp.
Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr.
Oest. Währ. als Vergütung erhoben.

Redaktion: Georg Lenz,
Charlottenburg bei Berlin,
Engländerstr. 24.

Original-Aufsätze u. Notizen technischen u. sozialpolitischen Inhalts werden gegen Honorar entgegengenommen.

Nr. 50.

Berlin, den 14. Dezember 1888.

Fünftehnter Jahrgang.

Amflicher Theil.

Die Verordnungen betreffend

verweise ich wiederholt auf die Bekanntmachungen in Nr. 48 und
49 d. Bl.

Die mit voriger Nummer allen Sekretären zugegangenen be-
züglichen Formulare sind baldigst ausgefüllt wieder an mich einzu-
senden. Wo ein Formular etwa nicht angelangt sein sollte, wolle
man sich ein solches nachfordern.

Die Anmeldung der neugewählten örtl. Verwaltungen
bei der Behörde hat erst nach der Bestätigung derselben durch
den Vorstand zu erfolgen.

Georg Lenz,
Hauptgeschäftsführer.

15. Generalrathssitzung vom 23. November 1888. *)

Tagesordnung: 1) Bericht des Herrn Vey über seine letzte Reise;
2) Zuschriften; 3) Unterstützungssachen; 4) Verschiedenes.

Der Vorsitzende Hr. Münchow eröffnet die Sitzung um 8 1/2 Uhr Abds.
Entschuldigt fehlen die Herren Danner, Lenz II und Trautloft. Von
den Generalrevisoren ist Niemand anwesend. Nach Genehmigung des Pro-
tolls der 14. Sitzung wird in die Tagesordnung eingetreten.

Punkt 1. Im Eingange seines Berichts bedauert Hr. Vey zunächst,
daß trotz seiner Aufforderung an die einzelnen Vereins-Vorstände so wenig
Berichte über die abgehaltenen Versammlungen u. nach hier eingesandt
worden seien. Im Einzelnen berichtet Redner, daß er in Annaburg neben
seiner öffentlichen Wirksamkeit Gelegenheit gehabt habe, über verschiedene
Vorkommnisse der letzten Zeit mit dem Fabrikbesitzer Hrn. Sedmann zu
verhandeln, so über die Angelegenheit Koboldt, über die Frauenarbeit und
über einen von Hrn. S. seinen Drehern vorgelegten Revers, welcher den
Eintritt derselben in die Nachbargabrit Pfisteritz verhindern sollte. Was
die Frauenarbeit betreffe, hinsichtlich deren Hr. S. eine Nichtigstellung unserer
berzeitigen Veröffentlichung begehrte, so habe er (Redner) das diesbezügliche
Verfahren des Hrn. S. als mit unseren Grundsätzen in Widerspruch stehend
begründet, und sei der gewünschten Berichtigung, da sich die für die Frauen-
arbeit angegebenen Ursachen nicht als vorhanden erwiesen, keine Folge zu
geben. Das Verfahren des Hrn. S. bezüglich des Reverses habe er (Redner)
gleichfalls nicht gut heißen, da durch dasselbe die Arbeitsgelegenheit für die
Arbeiter des Hrn. S. in unberechtigter Weise beschränkt werde. Die Ver-
hältnisse in Annaburg seien nicht gerade schlecht. — Was Pfisteritz, mit
welcher Fabrik Annaburg im Streite liege, anlange, so seien die Verhältnisse
dort gute; der Herr Fabrikbesitzer Hr. Fischer sei augenscheinlich vom besten Willen
beseelt, für das Wohlfahrt seiner Arbeiter sorgen zu wollen. In der Versam-
lung seien alle Mitglieder anwesend gewesen, auch Hr. Fischer habe an
derselben und an der Debatte sich lebhaft betheiligt. — Die Versammlung
in Kassel war gut besucht, besonders auch waren zahlreiche Verbands-
genossen aus der Umgegend erschienen. — In Erfurt habe es sich um die
Regelung der Angelegenheit Dautel gehandelt und sei diese dahin erledigt,

daß seitens des D. an den Verbandsgenossen Halle borschickte monatlich
kleinere Theilzahlungen geleistet (4 M.) und von D. nach hier eingesandt
werden sollen. — Im weiteren Verlauf seiner Reise hat der Hauptgeschäftsführer
dann Revisionen vorgenommen in Gotha, Koba, Eisenach, Mühlhausen,
Bach, Langensalza und Untermaßfeld. Mit Ausnahme von Langen-
salza seien überall Mehrbestände vorhanden gewesen, was sich wohl wohl
durch Vereinnahmung von noch nicht gebuchten Beiträgen erklären läßt:
natürlich habe er dies überall entsprechend gerügt. Auch waren die Beiträge
meist nicht vorschriftsmäßig, d. h. nicht in der Rubrik derjenigen Woche
gebucht, in welcher sie in Wirklichkeit vorzunehmen worden waren. In
Langensalza habe ein größerer Betrag am Kassenschatz gefehlt; es sei
zu beschließen, was hier zu geschehen habe. — In Mühlhausen habe er
(Redner) beim dortigen 20-jährigen Stiftungsfeste gesprochen; der Ver-
lauf des Festes sei ein durchaus würdiger gewesen und habe auch
der dortige Oberbürgermeister an demselben Theilgenommen und seiner
Befriedigung Ausdruck gegeben. — Auf der Reise habe er (Redner)
dann noch Kassel berührt, um eventuell Vorträge mit diesem
Orte zu vereinigen und so einen stärkeren Ortsverein dort zu schaffen.
Die Arbeitsverhältnisse in Kassel liegen jedoch durchaus ungünstig, es
herrsche ein großer Wechsel unter den dortigen Berufsgegnissen. Er habe
deshalb auch nach Kassel mit dem Bureau von einer Überlegung des
Deutscher Arbeitervereins nach U. z. H. abgerathen. Da jedoch für die
Fabrikarbeiter in U. Aussicht sei, so habe er dies berücksichtigt. — Nach-
dem Hrn. Vey für seinen eingehenden Bericht seitens des Vorsitzenden ge-
dankt worden, wird in der Debatte, an der Münchow, Lenz I, Vey,
Bungert theilnehmen, in Gotha Daniel zunächst theilnimmt, daß während
seiner jetzt eingegangenen Verpflichtungen nicht innehalten sollte. Hier die
Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erfolgen würde. Hr. Vey hat
sollen für seine Bemühungen jedesmal 50 Pf. Entschädigung gewährt und
ihm nach Abwicklung der Sache eine kleine Entvergütung in Aussicht ge-
stellt werden. — Auf die vom Referenten geschilderten, bei den Revisionen
vorgefundenen Mängel soll an dieser Stelle noch besonders hingewiesen
und insbesondere darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Einsammlungen
und Ausgaben der Ortsvereine und der Verwaltungen mindestens alle
Woche in die Kassabücher einzutragen sind, wie das vorgeschrieben
bezüglich der in die Kasse gethanen Beiträge auch dies in jedem einzelnen
Falle geschehen. — In Bezug auf die gegen den Kassier von Langen-
salza einzuschlagenden Schritte wird nach längerer Diskussion beschlossen,
an denselben ein Aufforderungsschreiben zur Zahlung zu richten und soll der
Kassier entweder in Kürze zahlen oder eine befriedigende Erklärung ab-
geben. — Damit ist Punkt 1 erledigt.

Zu Punkt 2 berichtet zunächst der Hauptgeschäftsführer, daß in Gotha
Koboldt die Liquidation der Kosten des stattgehabten Umzuges von Annaburg
nach Mühlhausen eingegangen sei. Infolge der Mittheilungen des
Hrn. Sedmann gegenüber Hrn. Vey in Gegenwart von Koboldt's Sohn
habe er (Vey) auf Anregung durch Vey nochmals bei Koboldt über den
richtigen Sachverhalt nachgefragt. Dieser habe jedoch bei seiner Aussage
nachdem Hr. Vey noch berichtet, daß der Auszug in Annaburg der un-
mittelbar die Unterstützung befristet hatte, an der Unterstützungsberechtigung
Koboldt's (Vey) gegenüber jetzt Zweifel und den Wunsch geäußert, daß
die Erwartung besteht habe, in der Sache werde nochmals beim Auszug
angefragt werden, wird beschlossen, zunächst eine erneute Erkun-
digung beim Auszug in Annaburg einzuschicken und die Entscheidung in

*) Aus Nr. 48 zurückgeblieben.

der Sache bis dahin zu vertagen. — In Freywaldau hat sich der Ortsverein nunmehr fest begründet. — Von der Mittheilung, daß in Sachen des Medizinalverbandes Charlottenburg den Mitgliedern Koch und Parge der Rechtschutz des Verbandes gewährt worden sei, wird Kenntniß genommen. (Die Mitglieder sind inzwischen in erster Instanz freigesprochen worden.) In Rücksicht auf ein vorliegendes Gesuch des Mitgliedes Lehmann von Kopslau wird ausnahmsweise gestattet, daß die dem V. zustehenden Unzugskosten nach Neuhaudensleben durch den Kassirer von Kopslau gleich bei Eintritt des Umzuges der Familie gezahlt werden können. — Dem D.-V. Eisenberg gestattet auf Grund eines vorliegenden Schreibens seines Vorsitzenden Hrn. Noßberg der Generalrath die vierteljährliche Insertion der Versammlungen in einem dortigen Lokalblatte, weist aber dabei darauf hin, daß viele Lokalblätter auch nicht abgeneigt wären, im redaktionellen Theile kleine Notizen über die Ortsvereine zu veröffentlichen, sofern ihnen seitens der Vorstände nur solche zugesandt würden; man möge also auch hierauf Rücksicht nehmen. — In Sachen Wenzel-Wallendorf wird mitgetheilt, daß die Frau desselben es ablehnt, eine Bürgschaft betreffs Deckung von W.'s Schuld an uns zu übernehmen. Es soll deshalb die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben werden. — In der Klagesache Welland-Vonn liegt die Mittheilung vor, daß der Arzt Dr. Maassen dem V. keine Bescheinigungen über seine Arbeitsunfähigkeit mehr ausstellt; es wird deshalb hierauf bis zum Austrag der Sache verzichtet. Wie der Rechtsanwalt berichtet, hat das Oberlandesgericht die Vernehmung des Prof. Wolff-Berlin und des Sanitätsraths Dr. Müller in Köln über den Zustand v. Wellands angeordnet. Nach Kenntnisknahme von den Schriftstücken beschließt der Generalrath, den Hauptschriftführer mit einer nochmaligen Rücksprache mit Hrn. Justizrath Gerth hieselbst betreffs einzelner Punkte der Angelegenheit zu beauftragen.

Zu Punkt 3 wird ein Unterstützungsgesuch Brunet-Vonn abgelehnt, da dasselbe nicht im geringsten berechtigt erscheint, V. auch die Arbeit eigenmächtig aufgekündigt hat. — Dem Mitglied Hoffmann-Neuhaudensleben, welches infolge klimatischer Einflüsse auf seine Gesundheit laut ärztlichen Attestes gezwungen worden ist, seine in Begesack begommene Arbeit aufzugeben, werden 5,30 Mk. Fahrkosten nach Neuhaudensleben bewilligt. — Das arbeitslos unterstützte Mitglied Volkmer-Rehau hat einen Arbeitsplatz in Mitterteich nicht angetreten, weil V. acht Tage später in Moschendorf zu arbeiten anfangen konnte. Um zu prüfen, ob für diese acht Tage Unterstützung zu zahlen ist, soll zunächst erkundet werden, in welcher Branche V. arbeitete. — Dem infolge einer Kiefer-Operation in Roth gestrichenen Mitgliede Menschel-Altwasser werden auf Antrag des Ausschusses 15 Mk. Nothfall-Unterstützung gewährt.

Bei Punkt 4 der T.-D. betragen im Oktober die Einnahmen der Generalratskassa 3389 Mk. 41 Pf., die Ausgaben 462 Mk. 77 Pf., Bestand am 1. November 30.036 Mk. 64 Pf. — Hierauf Schluß der Sitzung um 11¼ Uhr Nachts.

Der Generalrath.

Aug. Mündow,
Vorsitzender.

Georg Venz,
Hauptschriftführer.

Betrachtungen über die Reiseunterstützung der Porzellanmaler und deren beabsichtigte Reform.

(Von einem Berliner Maler.)

(Schluß.)

Allerdings ist je nach der persönlichen Auffassung dem Einen diese, dem Andern jene Einrichtung noch verbesserungsbedürftig; dem Verfasser dieser Zeilen erscheint z. B. eine größere Gleichheit in der Dauer der Karenzzeiten bezw. eine Herabminderung der für die Arbeitslosenunterstützung vorgeschriebenen Karenzzeit im Gewerbeverein sehr wünschenswerth. Während die Rechte eines Mitgliedes hinsichtlich des Rechtsschutzes, der Unterstützung bei Differenzen und bei Nothfällen u. s. w. schon nach einer 1/2-jährlichen Mitgliedschaft beginnen, treten die vollen Rechte bei Arbeitslosigkeit der Mitglieder erst nach 2 Jahren ein. Doch war ja, wie man dies als Entschuldigung gelten lassen muß, diese Vorsicht geboten, und hat Niemand ein Interesse daran, die lange Karenz- oder Wartezeit beizubehalten, sofern sich zeigt, daß diese Unterstützungen nicht in ganz abnormer Höhe geleistet werden müssen. Also in anderen Worten: wir dürfen annehmen, daß in einigen Jahren auch dieser für Manche etwas anstößige Punkt, ebenso wie noch einige andere, verbessert werden. Aber jetzt schon bietet der Gewerbeverein seinen Mitgliedern für die 15 Pf. wöchentlichen Beitrag ansehnliche Rechte. Eine kurze Aufzählung der verschiedenen Leistungen sei hier gestattet, um dieselben mit den Leistungen der Reiseunterstützungsverbände leichter vergleichen zu können. Dahin zählt:

1) Unterstützung von pro Tag 1 Mk. in allen Fällen unvermeideter Arbeitslosigkeit auf 10 Wochen hintereinander. Wer sich hat mit 6 Mk. mit 10,50 Mk. Arbeitslosen-Unterstützung wöchentlich versehen will, zahlt für diesen höheren Satz wöchentlich 10 Pf. mehr Beitrag. (Natürlich werden diese Unterstützungen auch auf der Reise gezahlt.)

2) Unterstützung bei Maßregelungen durch Arbeitgeber sowie bei Arbeitsentlassungen; jedes derartige Mitglied erhält wöchentlich 10,50 Mk. Unterstützung.

3) Fahr- resp. Ueberledungskosten in den unter 1) und 2) gedachten Fällen beim Eintritt eines neuen Arbeitsplatzes.

4) Zahlung sämtlicher Rassenbeiträge für arbeitslose Mitglieder, welchen die Unterstützungen zu 1) und 2) wegen nicht zurückgelegter Karenzzeit u. nicht gewährt werden können.

5) Einmalige Unterstützung in außerordentlichen Nothfällen (bei Unglücksfällen in der Familie u.).

6) Unentgeltlicher Rechtschutz bei widerrechtlicher Schädigung im Arbeitsverhältnis, insbesondere bei ungerechtfertigter Entlassung aus der Arbeit, bei unberechtigtem Abzug vom verdienten Lohn u. s. w. In allen diesen Fällen werden die Prozesse auf volle Veremgungsfahr

geführt, auch steht den Mitgliedern in Privatsachen unentgeltliche Rathsertheilung zu Gebote.

Die Benützung der Vereinsbibliotheken, ebenso die Veranstaltung oder Anhörung von Vorträgen u. ist den Mitgliedern gleichfalls zugänglich.

Für 25 Pf. vierteljährlich erhalten die Mitglieder das Vereinsorgan „Die Ameise“, außerdem wird das Organ des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine, „Der Gewerbeverein“, den Mitgliedern auf Vereinskosten (also unentgeltlich) geliefert.

Sodann bietet der Gewerbeverein der Porzellan-, Glas- u. Arbeiter seinen Mitgliedern Gelegenheit zur Versicherung in den Fällen der Krankheit und Invalidität, sowie den Mitgliedern und deren Frauen und Töchtern gegen Todesfälle.

Ferner läßt der Gewerbeverein sich angelegen sein die Erziehung der Berufsgenossen zu genossenschaftlicher Arbeit und zur Selbstverwaltung; die Berücksichtigung gegentheiliger Meinungen und Interessen, die Pflege der Erkennung der Pflichten gegen die Kollegen, die Arbeitgeber und die Außenwelt; die Ausbildung der Fähigkeit zur Abweisung jeglicher Bevormundung, von woher dieselbe auch kommen mag, kurzum die Förderung aller derjenigen Eigenschaften, welche uns in den Stand setzen sollen, ebenbürtig mit unseren Arbeitgebern zu verhandeln. Es resultiren aus einer jahrelangen genossenschaftlichen Thätigkeit eine Anzahl Eigenschaften, welche den Gewerbevereinen bezw. deren Mitgliedern schon oft den Ehrentitel „die Elite der Arbeiterwelt“ zu sein, und zwar aus dem Munde hervorragender Volkswirtschaftslehrer, eingebracht haben.

Wir geben nunmehr eine Uebersicht über die vom Gewerbeverein der Porzellan- u. Arbeiter bis Ende 1887 erzielten Gesamtergebnisse:

Bezeichnung der Kassen:	Einnahme:	Leistungen (für Unterstützungen u. an die Mitglieder gezahlt):	Vermögen (Ende 1887):
1. Gewerbeverein	181 579 M.	104 184 M.	30 560 M.
2. Kranken- u. Begräbnißkasse	347 046 "	249 805 "	52 305 "
3. Zuschuß-Kranken- und Begräbnißkasse	19 537 "	14 543 "	3 979 "
4. Extraunterstützungsfond	—	3 898 "	3 289 "
Insgesamt	548 162 M.	372 430 M.	90 133 M.

Diese Leistungen sind derartig zufriedenstellend, daß man wünschen muß, die obigen Zahlen jedem Kollegen, namentlich den Zweiflern, zugänglich zu machen. Da jedoch das Unterstützungssystem, namentlich bei Arbeitslosigkeit, in den letzten Jahren bedeutend erweitert und verbessert worden, so kann man mit ziemlicher Gewißheit auf größere Zahlen für die Zukunft rechnen.

Wenn es auch löblich und richtig sein mag, bescheiden anzutreten und alle Prahlerei bei Seite zu lassen, so könnte man doch der Leitung des Gewerbevereins fast den Vorwurf machen, daß dieselbe viel zu wenig Werth darauf legte, immer wieder den Mitgliedern die Leistungen in leicht faßlicher und packender Form vor Augen zu führen. Hier, wo wir von allen Seiten Gegner, Reider und Zweifler sehen, ist es falsch, den Bescheidenen zu spielen und sein Licht unter den Scheffel zu stellen. Doch glauben wir, daß es auch hier nur einer Anregung bedarf, um jedem Mitgliede die Leistungen vor Augen zu führen.*)

Die Verhältnisse in den Kreisen unserer Kollegen, der Maler, liegen augenblicklich derart, daß die Ueberzeugung von der größeren Leistungsfähigkeit des Gewerbevereins sich den Kollegen nur langsam aufdrängen wird; theils ist es die angeborene Anhänglichkeit an die überlieferten Institutionen, theils ist es Bequemlichkeit und Interesselosigkeit, theils aber fehlt die Gelegenheit und die richtige Anregung für das von unserer Seite als gut und richtig Erkannte.

Sollten diese „Betrachtungen“ einer Aufklärung oder einer Widerlegung bedürfen, so wird der Verfasser dafür dankbar sein. Derselbe steht im Vertrauen auf die Folgerichtigkeit der hier niedergelegten Ansicht jeder sachlichen Kritik gern entgegen, weil nur so das Bessere erreicht werden kann.

Jenemigen Kollegen, welche bisher den Werth einer guten Berufsvereinsung nicht genügend gewürdigt haben, kann der Anschluß an den Gewerbeverein resp. an dessen Glieder, die Ortsvereine, nur warm empfohlen werden. Dessenigen Kollegen aber, welche mit dem Verfasser übereinstimmen, werden gebeten, ihrer Ansicht bei jeder passenden Gelegenheit Ausdruck zu geben und die Versicherung im Gewerbeverein als das Bessere zu empfehlen.

*) Die periodische Veröffentlichung der Leistungen unseres Gewerbevereins wird auf Anregung des Ortsvereins Berlin II in Zukunft erfolgen.

S. Ned.

Sozialpolitische Nachrichten.

Von der Firma Unger u. Schilde in Moskau erhalten wir die Mittheilung, daß unseren dortigen Gewerbevereinsmitgliedern seitens der Firma, nicht durch Hrn. Viktor Unger, gekündigt worden sei. — Weiteren Bericht über den Stand der Sache müssen wir uns bis zur Rückkunft unseres nach St. Petersburg entsandten Vertreters, Hrn. J. Venz, aussparen.

Der Reichstag trat in der Sitzung am Donnerstag, den 6. d. M., in die erste Berathung der Vorlage über die **Alters- und Invalidenversicherung** ein und beendigte dieselbe nach breitläufiger Debatte am Montag. Eingeleitet wurde die Berathung durch den Vertreter der Regierung, Hrn. v. Boetticher; derselbe gab in der Hauptsache eine mündliche Uebersicht aus der schriftlichen Begründung der Regierung zu dem Entwurf und erklärte dabei denselben keineswegs als unabänderlich; insbesondere bezeichnete er den Gedanken als diskutabel, statt der Ortsklassen Lohnklassen für die Rente und für die Beiträge festzusetzen. Die Reichsanstalt empfehle sich wegen ihrer großen Kostspieligkeit nicht. Das Quittungsbuch sei nöthig, wegen eines anderen Markensystems aber würde die Regierung andere Vorschläge nicht zurückweisen. Der Minister mahnte zum Schluß die Reichstagsboten, des Wortes eingedenk zu sein: „Liebet die Brüder.“ — Der Sprecher der Sozialisten, Hr. Grillenberger, hätte es am liebsten gesehen, wenn das Gesetz bei seinen großen Mängeln von vornherein abgelehnt würde. Die Sozialisten seien überzeugt, daß ein brauchbares Gesetz doch nicht aus diesen Berathungen hervorgehen werde. Redner lehnte nun seine Bedenken im einzelnen gegen die Organisation, die Art und Vertheilung der Beiträge, den späten Beginn der Altersversorgung, die Niedrigkeit der Rente, die kolossale Ansammlung von Kapital, den Begriff der dauernden Erwerbsunfähigkeit, den Mangel einer Rückvergütung der Beiträge für die Austrittenden, vor allem aber gegen das Quittungsbuch. An Stelle eines Quittungsbuchs verlangt der Redner, daß bei einer Reichsanstalt für jeden Arbeiter ein Konto eingerichtet werde. — Der babilische Gesandte Frh. v. Marshall versuchte darzulegen, daß der Gesetzentwurf mehr bedeute als die Reform der Armenpflege. — Aus der am folgenden Tage gehaltenen Rede des nationalliberalen Abg. Buhl konnte man schließen, daß die Partei desselben dem Entwurf in jeder Gestalt zustimmen würde. Redner wünschte jedoch die Einführung von Lohnklassen und einer Reichsanstalt an Stelle verschiedener Anstalten der Kommunalverbände. Aus der Rede des Vertreters der Zentrumsparthei, Abg. Hise, ist hervorzuheben das Verlangen, die Versicherungsanstalten durch die Berufsgenossenschaften zu ersetzen. Auch erklärte sich der Redner gegen den ständigen Reichszuschuß, für Einführung des Umlageverfahrens an Stelle der Kapitaldeckung und für Verbindung einer Fürsorge für die Wittwen und Waisen mit dem Gesetz. Der konservative Vertreter, Abgeordneter v. Heildorf, ist eigentlich mit Allem in dem Gesetzentwurf einverstanden. Das Quittungsbuch erachtet derselbe für die Durchführung des Gesetzes für geradezu unentbehrlich. (1) Für die freisinnige Partei sprach der unseren Lesern wohlbekannte Abg. Schrader. Redner behielt die Gesamtstellung der freisinnigen Partei zu dem Gesetzentwurf vor bis zu dem Zeitpunkt, wo derselbe seine schließliche Gestaltung werde erhalten haben. Eine scharfe Stellung nahm der Redner ein gegen das Prinzip des Reichszuschusses. Scharf kritisirte Redner auch die Einrichtung des Quittungsbuches, verpöhrte sich gegen den Vorschlag sowohl der Reichsversicherungsanstalt als der Berufsgenossenschaften als Träger der Altersversicherung. Das Gesetz im Ganzen werde den sozialen Frieden nicht herstellen, sondern im Gegentheil als eine Prämie auf die Unzufriedenheit wirken. Um so mehr müsse man bedauern, daß nicht längst der Weg eingeschlagen sei, durch Begünstigung aller Einrichtungen der Selbsthilfe für Altersversorgung dasselbe Ziel, welches sich der Gesetzentwurf stellt, zwar langsamer, aber dafür desto sicherer und ohne die geschilderten Nachteile zu erreichen. — Nach der Schrader'schen Rede erörterte Abg. Leuschner den Standpunkt der freikonservativen Partei, welcher sich in der Hauptsache überall mit der Regierungsvorlage deckte. — Am Montag wurde die erste Berathung beendigt. Das Haus war schwach besetzt. (1) Es kamen zunächst zum Wort die Polen und Elsässer. Abg. Döschhäuser (natl.) entwickelte einige besondere Punkte, welche ihn von den übrigen Nationalliberalen unterscheiden. Abg. Spahn (Zentr.) trat auch für die Organisation auf der Grundlage der Berufsgenossenschaften ein. Nach einigen Bemerkungen des babilischen Bevollmächtigten sagte Abg. Rickert nochmals die Hauptbedenken der freisinnigen Partei gegen den Entwurf zusammen. — Das letzte Wort hatte Minister von Boetticher, worauf die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen wurde. Ob die zweite Berathung noch in dieser Reichstagsession stattfinden wird, erscheint bei den gelegentlich der ersten Lesung zu Tage getretenen grundverschiedenen Ansichten sehr fraglich.

Unläßlich des Vorgehens des Landrathes des Kreises Teltow, Hrn. Stubenrauch, gegen die **Gewerbvereins-Gülffschaften der Maschinenbauer, Tischler, Klempner und Zimmerer** (siehe das Generalraths-Protokoll in Nr. 46 d. Bl. Punkt 4) veröffentlicht der Verbands-Anwalt Dr. Hirsch in Nr. 49 des „Gewerbvereins“ einen längeren, das unberechtigte Vorgehen des Hrn. Landraths sachlich nachweisenden Artikel. — Auch die Volksztg. nimmt in ihrer Nr. 292 euergeß Partei für die geschädigten Kassen, indem sie gleichzeitig die nicht unwichtige Frage betreffs der Zeiträume für die Festsetzung des ursprünglichen Tagelohnes erörtert und hierbei ausführlich, daß im Reichstage diese Frage nur ein einziges Mal erörtert worden, und zwar bei der dritten Berathung des A.-B.-G. am 26. Mai 1883. Der Abgeordnete Gammacher bedauerte damals, daß in dem § 3 nicht ausdrücklich eine „periodische“ Feststellung der Höhe des ursprünglichen Tagelohnes vorgeschrieben würde. Er hielt es aber für genügend, wenn die Regierungen wenigstens ihre ausdrückliche Zustimmung zu der Auffassung gäben (was denn auch sofort geschah), daß die Behörde Recht und Pflicht habe, die Feststellung des ursprünglichen Tagelohnes „in entsprechenden Perioden“ zu wiederholen. Es liege das im Interesse „der Kassen“ und ihrer Mitglieder. „Schon die Wahl des Ausdruckes „entsprechenden Perioden“ — in der Kommission war der Wunsch laut geworden, zu sagen: von fünf zu fünf Jahren — weist darauf hin,“ sagt das Blatt, „daß damals Niemand daran gedacht hat, ein Beschluß der Behörde über den ursprünglichen Tagelohn solle, wenn heute gefaßt, schon morgen in Kraft treten. Vielmehr verstand sich die Auffassung von selbst, daß herabsetzende Änderungen nur mit Beginn resp. Ablauf von gewissen Kassenverwaltungs-Zeitabschnitten zu erfolgen hätten. Es ist auch wohl nicht zu bezweifeln, daß das Obergericht dieser Auffassung beitreten wird.“

Dem Reichstage sind die Rechnungsergebnisse der **Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung** für das Jahr 1887 zugegangen. Darnach sind im Jahre 1887 für 62 Berufsgenossenschaften mit 319 453 Betrieben und 3 361 560 versicherten Personen und 2 339 349 536,34 M. für die Umlage anrechnungsfähigen Löhnen, an Entschädigungsbeträgen 5 373 436,45 M. und an laufenden Verwaltungskosten 2 897 165,87 M. gezahlt worden. Die weiteren Ausgaben an Kosten der Unfalluntersuchung und der Feststellung der Entschädigungen an Schiedsgerichtskosten und Unfallversicherungskosten betragen 725 619,66 M., die noch nicht völlig zum Abschluß gelangten Kosten der ersten Einrichtung belaufen sich, einschließlich der Ausgaben auf Grund übernommener Unfallversicherungsverträge bei sämtlichen 62 Berufsgenossenschaften für das Jahr 1887 auf 225 673,92 M. In den Kreisverordnungen sind für das Jahr 1887 bis zum 15. August 1888 9 935 438,94 M. eingelegt worden, jedoch im Ganzen 19 157 334,85 M. an effektiven Ausgaben für die 62 Berufsgenossenschaften nachgewiesen sind, denen an effektiven Einnahmen unter Einschluß der Betriebsfonds für 1888 gegenüberstehen 22 266 483,78 M. Die Zahl der versicherten Betriebe hat sich gegen 1886 um 50 279, der versicherten Personen um 388 117 vermehrt; die Entschädigungsbeträge sind um 3 661 797 M., die laufenden Verwaltungskosten um 572 871 M. gestiegen. Im Jahre 1886 betrugen die laufenden Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften auf den Kopf der versicherten Person 0,67 M., 1887 aber 0,75 M.; auf je 1000 M. der anrechnungsfähigen Löhne 1886 1,04 M., 1887 aber 1,21 M. Die Kosten der Unfallversicherung bei den Ausführungsbehörden der Reichs- und Staats-Betriebe sind von 212 120 M. in 1886 auf 575 203 M. in 1887 gestiegen. Die Zahl der neuen Unfälle, für welche im Jahre 1887 Entschädigungen festgestellt wurden, ist in dem Bereich der Berufsgenossenschaften von 9723 auf 15 970, im Bereich der Ausführungsbehörden von 817 auf 1132 gestiegen; im Ganzen also von 10 540 auf 17 102. Für Unfälle mit der Folge einer dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit waren im Jahre 1887 in 3116 Fällen (1886: 1778), für Unfälle mit tödtlichem Ausgange in 3270 (1886: 2716) Fällen Entschädigungen festzusetzen.

Litterarisches.

Nr. 48 der **Blätter für Genossenschaftswesen** (Verlag von Ernst Rehl's Nachfolger Leipzig) vom 1. Dezember hat folgenden Inhalt: „Die Bilanzen der Genossenschaften.“ Dr. Gröger bespricht das von einem Genossenschaftler im „Gewerbeblatt aus Württemberg“ ausgesprochene Verlangen, im Gesetz detaillierte Vorschriften über die Aufstellung der Bilanz zu geben und kommt zu dem Resultat, daß derartige Bestimmungen nicht erforderlich und zwecklos seien. — „Geschichte des landwirthschaftlichen Kredits in Europa.“ Zu dem diesjährigen Kongreß belgischer Volkswissenschaften waren aus verschiedenen Staaten Gutachten über die Lage des landwirthschaftlichen Kredits eingelesen. Dr. Gröger theilt dieselben im Auszuge mit. Selbst in China existiren landwirthschaftliche Kredit-Genossenschaften. — Bericht über den 15. Kongreß der belgischen Volksbanken von Dr. Hantsche. — Die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter von Dr. Hirschberg. Es ist der erste einer Reihe von Artikeln, in denen die auf der Tagesordnung stehende Frage vom volkswirthschaftlichen und versicherungstechnischen Standpunkt aus behandelt wird. — Anzeige der bei Hindenburg in Greifswald erschienenen Broschüre „Umlageverfahren und Einzelantritt nach dem Genossenschaftsgesetz vom 4. Juli 1886 und dem Entwurf eines neuen Genossenschaftsgesetzes von Stadtsyndikus Dr. Schulze-Greifswald.“ — Vermischtes.

Vereins-Nachrichten.

§ Berlin II. Auszug aus dem Protokoll der öffentlichen Versammlung vom 12. November 1888. Tages-Ordnung: „Besprechung der Rechte und Leistungen des Gewerbevereins im Gegensatz zu den bestehenden Reiseunterstützungs-Verbänden.“ Nachem der Vorsitzende Dr. Trautloff die Versammlung eröffnet hatte, nahm Dr. Venz als Referent das Wort. Derselbe geht nach einer kurzen Einleitung zum eigentlichen Thema über, indem er zunächst einen Blick wirft auf die frühere und jetzige Gestaltung der Reisegefrage bei den Malern und Drehern. Während die letzteren früher in der Reisegefrage-Organisation den Malern stetig voraus gewesen seien, herrsche jetzt zwischen auch unter den Malern ein an jenem reges Leben. Das beweise die Begründung der bestehenden 3 Verbände der Maler. Alle diese beschäftigten sich mit der Reisegefrage, einer nach Ansicht des Referenten verfehlten Arbeit. Denn wenn man vorurtheillos einen Blick werfe auf den Werth oder Unwerth des Reisens, so komme man bald zu dem Standpunkte, daß die Vortheile überwiegen würden von den Nachtheilen. Redner legt dies eingehender dar. Zunächst läßt zweifellos das Reisen einen ungünstigen Einfluß auf den Stand des Arbeiters aus, indem den Arbeitern, auch den talentvollsten, stetig kostbares neue Kräfte abgezogen würden, welche infolge längeren Reisens bzw. hauptsächlich wohl mit Rücksicht auf die nicht ausreichende Unterhaltung während der Reise in der Umangstung sich befinden, ihre Arbeitskraft für jeden Preis loszulassen. Mühen solche Kollegen dann auch infolge der schlechten Verhältnisse nicht laune aus zu

würden sie doch immer durch neue ersetzt und so den Schleudersfabriken stets Ersatz geboten. Auch in sittlicher Beziehung schädige das Reisen unter den heutigen Verhältnissen mehr wie es nütze und bedeute daneben in wirtschaftlicher Hinsicht lediglich eine Zeitvergeudung und unnützes Abreißen der Kleidung. Dies die hauptsächlichsten Schäden des Reisens; seine Vorteile: die den reisenden Kollegen gebotene Möglichkeit der Fortbildung in ihrem Gewerbe, liegen sich auch durch andere Veranstaltungen, und zwar wirksamer erreichen. Als Mangel der Reise- als Arbeitslosen-Unterstützung führt der Redner an: Zunächst könne diese Unterstützung doch nur von denen bezogen werden, welche reisen wollen und können. Daß dies bei vielen Kollegen nicht der Fall ist, sei bekannt; die Unterstützung komme deshalb in der Hauptsache auch nur jungen Leuten zu gute. Die Reise-Unterstützung sei ferner keine feste Unterstützung, wie sie der reisende Kollege notwendig habe, da sie eine Kopffsteuer sei und deshalb Schwankungen unterworfen wäre; sie öffne eben infolge ihres Charakters als Kopffsteuer der Willkür der Personale Thür und Thor und belaste so die Personale ungleich, werde auch in ungleicher Höhe gewährt. Die Frage, ob denn nun durch die Begründung der vielen Verbände das Hauptprinzip, Gleichheit in den Pflichten und Rechten, erreicht worden sei, verneint Redner an der Hand von diesbezüglichen Zusammenstellungen aus den Statuten der bestehenden Verbände und giebt die vorherrschenden Verschiedenheiten in den Pflichten und Rechten der einzelnen Verbände des Näheren an. Neben diesen Mängeln, die also auch den heutigen „Verbänden“ anhafteten so gut wie früher den Personalen, komme aber in Betracht die Bedeutungslosigkeit der Verbände in wirtschaftlicher Hinsicht. Beweis hierfür bilde der Umstand, daß die Verbände durch- aus keine Einwirkung auf das Arbeitsverhältnis ausüben und auch nicht ausüben wollen; daß sie keine rechtliche Vertretung gewährten bei Schädigung der Arbeiter im Arbeitsverhältnis zc. Kein Statut der Malerverbände enthalte in dieser Beziehung irgend welche Bestimmungen. Die ganze Betrachtung ergebe demnach, daß die Maler durch die Begründung der vielen partikularistischen Verbände und Verbändchen in ihren Interessen nicht gefördert würden, vielmehr seien diese noch insofern schädlich, als sie die Bildung bzw. den Fortschritt einer wirklichen Arbeiterorganisation hinderten, indem sie in den Malern die Ansicht erweckten, durch die Mitgliedschaft zu diesen Verbänden habe man seine Schuldigkeit hinsichtlich der Pflicht der Vereinigung gethan. Welche Vermirrung infolge der Begründung der Verbände unter den Malern betreffs des Anspruchs auf Reisegeld vorhanden sei, ergäben die betreffenden Veröffentlichungen zur Genüge. Es sei gar nicht abzusehen, wozu ein solches Treiben, wie es jetzt unter den Malern vorherrsche, schließlich führen werde. Zum Vergleich mit dem Geschicklichen geht der Redner nunmehr des Näheren auf die Bestrebungen und Leistungen unseres Gewerkevereins ein, die er an der Hand der Statuten und Kassenberichte eingehend darlegt. Der Gewerkeverein beweise durch seine Statuten und durch seine Leistungen, daß er nicht nur den Willen, sondern auch die Fähigkeit habe, allen unseren Berufsgeossen das zu bieten, was eine wirkliche Arbeitervereinigung ihren Mitgliedern bieten müsse, sobald sie nicht nur zum Schein einer solchen herabzinken wolle, wie die Reiseverbände. Im Verlaufe seines Vortrages nimmt Hr. Lenz ferner noch Gelegenheit, auf die unwahren Angaben kurz einzugehen, welche in der Malerverammlung vom 24. Septbr. sich einige Herren vom hiesigen „Malerverbande“ in betreff des Gewerkevereins geleistet hätten. Diese Angaben widerlegt Redner auf Grund des Zahlenmaterials, welches zu Federmann's Einsicht steht und so oft schon veröffentlicht ist, also den betreffenden Herren auch bekannt sein muß. (Hierbei wird übrigens berichtet, daß einer der Herren seine Angabe schon wieder zurückgenommen hat.) Wenn der hiesige Malerverband den Mund so voll mit Versprechungen an seine Mitglieder nehme, so zeige ein kleines Exempel, daß diese Versprechungen doch bei dem geplanten Beiträge von 10 Pf. pro Woche auf die Dauer nicht im Entferntesten gehalten werden könnten; es sei unnütz, deswegen zu streiten, die Zukunft werde ja die Hohlheit der Versprechungen jener Herren erweisen. Was der Gewerkeverein jetzt leiste, sei die Frucht jahrzehntelanger ruhiger Strebens und Anstrebens achtungs- werther Kassenbestände, ohne welche nun einmal für dauernde Leistungen keine Garantie übernommen werden könne; die Leistungen jener Herren beständen zunächst noch in nichts weiter als Versprechungen. Nach einem kurzen Ueberblick über seine Ausführungen schließt Redner diese sodann mit dem Bemerkung, er hoffe durch dieselben gezeigt zu haben, daß auf der einen Seite, der der Gewerkevereine, Planmäßigkeit und Einheitlichkeit in den Bestrebungen und Zielen vorhanden ist, auf jener der Reiseverbände dagegen ein Zustand der Zerrissenheit, der Kleinstaaterei, der die Gesamtinteressen des Malerberufs aufs Schwerste schädigt. Goffen wir, meine Herren, daß dieser Zustand auf diese oder jene Weise baldigst ein Ende nehme, daß Sie in die Lage kommen, durch eine wirksame und planvolle Organisation, wie sie die deutschen Gewerkevereine bilden, der so sehr trübten Lage in den Arbeits- und Lohnverhältnissen Ihres Berufs abzuhelfen.“ (Beifall.) — In der Debatte führt zunächst einer der Redner aus, daß die Reiseverbände so lange ein dringender Nothbehelf für die Kollegen gewesen seien, als es andere Organisationen nicht gab; jetzt, wo man etwas Besseres an die Stelle derselben gesetzt habe, seien sie überflüssig. Auch dieser Redner begründet seine Ansicht im Einzelnen und bedauert, daß die Vorkämpfer der Verammlung vom 24. Septbr. es vorgezogen hätten, in dieser Versammlung sich der völlig sachlichen Auseinandersetzung zu entziehen. — Ein weiterer Redner erhebt Bedenken we in des bei unserem Gewerkeverein bestehenden Reverses, welche Bedenken F. Lenz zu widerlegen Veranlassung nimmt. Mit allen gegen 4 St. 7 Herren vom hiesigen Malerverband) wird sodann die folgende Resolution angenommen: „Resolution: Die öffentliche Versammlung der Berliner Porzellan-Maler beschließt: Wir erkennen voll und ganz an, daß es Recht und Pflicht ist, die n. h. l. d. und bedürftigen Kollegen möglichst zu unterstützen, halten aber die Versicherung gegen alle Fälle der Arbeitslosigkeit, wie sie z. B. der Gewerkeverein seinen Mitgliedern bietet, bei Weitem für vortheilhafter und sicherer, als sie die verschiedenen Reiseunterstützungs-Verbände zu bieten vermögen.“ — Mit dem Danke an den Vortragenden wird hierauf von Hrn. Trautloft die Versammlung geschlossen.

§ Berlin. In der am 22. November d. J. stattgefundenen Generalversammlung des Medizinalverbandes der Ortsvereine zu Berlin erhaltete der Kassier Hr. Bertermann den Kassenbericht pro 3. Quartal, welcher bei einer Einnahme von M. 1315,15 und einer Ausgabe von M. 1060,16 einen Bestand von M. 252,99 ergab. Das Vermögen betrug

M. 861,40 bei einer Mitgliederzahl von 849. Nachdem der Vorsitzende Hr. Lippe zur regen Agitation aufgefordert hatte, berichtet der Kassier Hr. Petersdorff, daß die in vorheriger Generalversammlung beschlossenen Veränderungen der §§ 21 und 30 des Statuts nunmehr vom Polizei-Präsidium genehmigt sind, und somit die Einberufungen zu den Generalversammlungen von nun ab nur im Organ „Der Gewerkeverein“ annoncirt werden, außerdem sollen laut Vorstandsbeschluss alle uns befreundeten Tagesblätter sowie Gewerkevereinsorgane redaktionell benutzt werden. Ferner wurde beschlossen, das mit verschiedenen anderen Medizinalverbänden abgeschlossene Kartell zur Erleichterung der etwaigen notwendigen Uebersiedelung der Mitglieder — nicht wie schon von einzelnen anderen Medizinalverbänden vorstünden gemeint wurde, das Kartell bestehe zum Kassenausgleich — dahin zu erweitern, daß dieses untergeordnete Kartell zu einem vollständigen Ganzen erweitert werde — gleich dem Kartell der Hülfsklassen — um den Mitgliedern zu ermöglichen, nach sämtlichen dem Kartell angehörigen Orten, ohne sich in ihren erworbenen Rechten geschmälert zu sehen, übersiedeln zu können. Von diesem Beschlusse werden umgehend die betreffenden Medizinalverbände in Kenntniß gesetzt und ersucht, sich denselben anzuschließen, damit das begonnene Werk auch vollständig vollendet werde.

F. Meyer, Schriftführer.

Versammlungskalender.

(NB. Mitglieder, welche mit den Beiträgen länger als 6 Wochen im Rückstande sind, ohne von der Brtl. Verwaltung Standung erhalten zu haben, werden gestrichen.)

* **Mitwasser.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 15. Dezember, Abends 8 Uhr, im Gasthof zum „Eisernen Kreuz“. 1. Geschäftliches, 2. Neuwahl des Ausschusses, 3. Anträge und Beschwerden. — Nach diesem Krankenkassen-Versammlung mit derselben Tagesordnung.

R. Pattloch, stellv. Schriftführer.

* **Annaburg.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 15. Dezember, im Vereinslokal. 1. Neuwahl des Ausschusses, 2. Vertheilung der neuen Statutenbücher.

G. Scholz, Schriftführer.

* **Buda.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 15. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Fickel. 1. Bericht über die letzte Verbands-Versammlung, 2. Aufnahme neuer Mitglieder, 3. Allgemeines, 4. Vorstandswahl. — Regler Besuch erwünscht.

H. Carl, Schriftführer.

* **Gotha.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 15. Dezember, Abends 8 Uhr, in Walther's Hotel garni. Vorstandswahl, Anträge und Beschwerden. Pünktliches und allseitiges Erscheinen ist dringend notwendig.

H. Voelsau, Schriftführer und Kassier.

* **Magdeburg-Neustadt.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 15. Dezember, Abends 1/2 8 Uhr, im „Casino“, Morgenstraße 7. 1. Quartalsbericht, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Besprechung über die Weihnachtsbescherung, 4. Anträge.

L. Klügel, Schriftführer.

* **Stannowitz.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 15. Dezember, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal. Wahl des Ausschusses zc. — Vollständiges Erscheinen notwendig.

B. Ruhn, Schriftführer.

* **Dansen.** Ortsversammlung am **Sonntag**, den 16. Dezember, im Gehrieger'schen Gasthaus. Wahl der Vorstände zc.

Joh. Vetter, Schriftführer.

* **Rönitz.** Ortsversammlung am **Sonntag**, den 16. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal. 1. Geschäftliches, 2. Neuwahl des Ausschusses, 3. Anträge und Beschwerden. — Hierauf Krankenkassen-Versammlung.

Paul Scholz, Schriftführer.

* **Rehan.** Ortsversammlung am **Sonntag**, den 16. Dezember, Nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokal. Wahl des Vorstandes zc. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Gustav Beyer, Schriftführer.

* **Schramberg.** Ortsversammlung am **Sonntag**, den 16. Dezember, Nachmittags 1 Uhr, im Vereinslokal „Konditorei“. Tagesordnung wird dafelbst bekannt gegeben. Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Otto Kapp, Schriftführer.

* **Seib.** Ortsversammlung am **Sonntag**, den 16. Dezember, Nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokal. 1. Vorstandswahl pro 1889, 2. Wünsche und Anträge.

L. Prell, Schriftführer.

* **Söhr-Grenzhausen.** Ortsversammlung am **Montag**, den 17. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im neuen Lokale des Hrn. A. Helten. 1. Mittheilungen, 2. Bildungsfond, 3. Aufnahme von Mitgliedern, 4. Anträge, 5. Neuwahl des Ausschusses, 6. Einzahlung der Beiträge. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend erwünscht. — Nach dem Krankenkassenversammlung.

Paul Henkel, Vorsitzender.

* **Moabit.** Ortsversammlung am **Montag**, den 17. Dezember, Abends 8 Uhr, bei C. Grunert, Lübeckerstr. 2. 1. Vorstandswahl, 2. Beschlusfassung über die Weihnachtsbescherung und Bericht über das letzte Vergnügen, 3. Vertheilung der neuen Dittungs- und Statutenbücher zc. — Alsdann Krankenkasse.

G. Marx, Schriftführer.

* **Schwalben.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 22. Dezember, im Vereinslokal. Tagesordnung dafelbst.

Ad. Jung, Schriftführer.

Sterbefälle.

Oberhausen. Robert Vogt aus Waldenburg, Dreher, alt 43 Jahre, krank 7 Monat, gestorben an Lungenentzündung. Mitglied beider Klassen.

Anzeigen.

* Arbeitsmarkt.

Mehrere Maler

werden verlangt. Beauftragt werden solche, welche schon auf Steinung (Unterglasur) mit Schablonen gearbeitet haben. Steingutfabrik in Hohlau a. Elbe. G. Steinbrecht.